

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

15. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Januar 2001, 10:05 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

in Vertretung für Klaus Klinckhamer

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Kooperationsmöglichkeiten an der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark	1
hierzu: Studie über die regionale Wirtschaftsstruktur im Landesteil Schleswig und in Sønderjylland und Suche nach möglichen Kooperationsfeldern sowie künftiger Bedarf des Arbeitsmarktes im grenznahen Raum Umdruck 15/534 (neu)	
Klaus Haller, Vertreter der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein	
2. Situation der Fischerei im Ostseebereich	8
Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus	
3. Situation in Kaliningrad	10
AL Werner Kindsmüller, Vertreter der Staatskanzlei Ref. Annette Wiese-Krukowska, Vertreterin der Landtagsverwaltung	
4. Verschiedenes	14

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Kooperationsmöglichkeiten an der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark

hierzu: Studie über die regionale Wirtschaftsstruktur im Landesteil Schleswig und in Sønderjylland und Suche nach möglichen Kooperationsfeldern sowie künftiger Bedarf des Arbeitsmarktes im grenznahen Raum
Umdruck 15/534 (neu)

Herr Haller geht auf die vorliegende Studie, Umdruck 15/534 (neu), ein und legt dar, diese sei im Rahmen eines europäischen Projektes durchgeführt worden. Die Vereinigung der Unternehmensverbände Nord sei neben den Gewerkschaften in den beiden Grenzländern und der Arbeitsverwaltung daran beteiligt. Das Projekt EURES beschäftige sich in weiteren 13 Grenzregionen zwischen EU-Mitgliedstaaten mit dieser Thematik.

Das Ergebnis dieser Studie sei kurz gefasst Folgendes: Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer an der deutsch-dänischen Grenze werde durch rechtliche und faktische Hindernisse eingeschränkt. Die Barrieren lägen vor allem im nicht kompatiblen Steuer- und Sozialsystem. Es gebe weitere Hemmnisse, die nicht Gegenstand der vorliegenden Studie gewesen seien, die aber im Rahmen der Erarbeitung bekannt geworden seien. Dabei handele es sich um Sprachprobleme, mangelnde Kulturkenntnisse, wenig stark ausgeprägte wirtschaftliche Verflechtungen außer im grenznahen Konsumbereich. Es habe auch den Hinweis gegeben, dass die Beendigung der Butterfahrten zu einer Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen geführt habe.

Die Zahl der Grenzpendler belaufe sich auf zwischen 1.000 und 1.300 Beschäftigte. Diese Zahl sei bei kleinen Beschränkungen konjunkturrelevant konstant. Außerdem habe er den Eindruck gewonnen, dass insbesondere in Dänemark mental Vorbehalte dagegen bestünden, Menschen des anderen Landes zu beschäftigen.

Er wolle ferner einen Indikator benennen, der organisatorisch sichtbar geworden sei. Gegenstand der Studie habe auch die Frage sein sollen, wie die Arbeitgeberorganisationen beiderseits der Grenze intensiver zusammenarbeiten könnten. Dabei sei aufgefallen, dass eine geordnete systematische Zusammenarbeit schon daran scheitere, dass die Strukturen sehr unter-

schiedlich seien. Soweit es in Sønderjylland Arbeitnehmerorganisationen gebe, würden diese nebenamtlich betreut. Es gebe große Schwierigkeiten im Rahmen der Kommunikation, und zwar nicht nur sprachlich bedingte. So sei beispielsweise vom Sønderjylland-Erwerbscenter fest zugesagt worden, dass dänische Unternehmen sich an dieser Studie beteiligten und für eine Befragung bereit stünden. Diese Zusage sei nicht eingehalten worden.

Festzustellen sei, dass die arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Disparitäten in Europa noch sehr groß und schwierig abbaubar seien. Hinzuweisen sei in diesem Zusammenhang, dass die Unterschiede zwischen dem deutschen und dem dänischen Sozial- und Steuerrecht besonders groß seien.

Auf eine Frage des Vorsitzenden legt Herr Haller dar, dass die Grenzkontakte zu anderen Staaten, insbesondere zu den Benelux-Staaten, intensiver seien. Quantifizieren könne er dies allerdings nicht.

Auf eine Frage des Abg. Behm konkretisiert Herr Haller die Zahlenangaben von Grenzpendlern. Er führt aus, im Saldo handele es sich um 2.400 Personen, und zwar etwa 1.300 Deutsche, die in Dänemark arbeiteten, und etwa 1.100 Dänen, die in Deutschland arbeiteten.

Auf eine Ergänzungsfrage des Vorsitzenden hinsichtlich des Verhältnisses dieser Zahlen zueinander wiederholt Herr Haller, dass Änderungen des Zahlenverhältnisses nicht konjunkturbedingt seien. Es handele sich um fast statistisch zufallsbedingte Bewegungen.

Abg. Ehlers hält es für erforderlich, historisch gewachsene und emotionale Barrieren abzubauen. Gefordert seien hier Arbeitgeber, aber auch Gewerkschaften. Dabei sei mit Jugendaustausch und Informationsaustausch zu beginnen. Gegebenenfalls könne eine entsprechende Arbeitsgruppe, initiiert vom Regionalbeirat, diese Ziele verfolgen.

Abg. Rodust berichtet von Gesprächen mit Gewerkschaften in Dänemark und Deutschland sowie darüber, dass diese eng zusammenarbeiteten. Auch sie hält es für erforderlich, dass Barrieren abgebaut werden, auch wenn sie beispielsweise nur in den Köpfen der Menschen existierten. Zu fragen sei nämlich, wieso angesichts der Arbeitslosenzahlen nicht mehr Menschen aus der Bundesrepublik in Dänemark arbeiteten, beispielsweise auf dem Gesundheitssektor. - Herr Haller bestätigte aus seiner Sicht den Eindruck von Abg. Rodust hinsichtlich der Zusammenarbeit der Gewerkschaften, macht aber auch darauf aufmerksam, dass die Kontakte aufseiten der Arbeitgeber schwieriger seien.

Auf eine Frage der Abg. Böhrk legt Herr Haller dar, vor der Erstellung des Gutachtens sei bewusst kein Kontakt mit der deutsch-dänischen Handelskammer aufgenommen worden, auch um den „Blick von außen“ nicht zu verfälschen.

Abg. Spoorendonk bezieht sich auf die Øresund-Region und legt dar, dort seien hinsichtlich der Grenzpendler ähnliche Erfahrungen gemacht worden, wie sie im Rahmen der Diskussion zum Ausdruck gekommen seien. Sie weist ferner darauf hin, dass dort eine institutionalisierte Anlaufstelle geschaffen worden sei, die häufig genutzt werde. Sie regt an, beispielsweise das Regionalbüro als eine solche Anlaufstelle zu nutzen. Für wichtig in diesem Zusammenhang halte sie auch zu akzeptieren, dass Unterschiede vorhanden seien. Außerdem müsse ein Interesse daran vorhanden sein, in dem jeweils anderen Land zu arbeiten.

Im Folgenden spricht sie die auch im Gutachten genannte Forderung nach Harmonisierung an und stellt die Frage in den Raum, wie diese konkret aussehen sollte. Hier hält sie es für geboten, zunächst kleine Schritte zu gehen.

Abg. Ritzek äußert sich positiv zu den vorliegenden Zahlen und vertritt die Auffassung, nehme man den derzeitigen Stand, bezogen auf den Arbeitsmarkt, zur Kenntnis, sei man auf einem guten Weg.

Abg. Geißler vertritt die Ansicht, dass die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt werden sollten, und weist in diesem Zusammenhang auf den traditionellen Fluss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Dänemark in Richtung Kopenhagen hin. Interessant hält er es zu erfahren, ob Absolventinnen und Absolventen der Schulen der jeweiligen Minderheit in einem höheren Maße im jeweils anderen Land arbeiteten, da er die Sprachbarrieren für eines der wesentlichen Hindernisse hält.

Wenn dem so sei, liege der Schlüssel im Anstieg des Erwerbs von Sprachkompetenz. Für wirtschaftlich interessant hält er es zu erfahren, wie die beiden Ziele niedrige Arbeitslosigkeit und hohe Beschäftigungsquote habe erreicht werden können.

Nach den Worten von Abg. Dr. Kötschau sei es durchaus nicht so, dass diejenigen, die die jeweils andere Sprache perfekt sprechen, leichter einen Arbeitsplatz im anderen Land annähmen. Hier gebe es immer noch eine gewisse Sperre „im Kopf“. Es bedürfe weiterer Informationen insbesondere bei Jugendlichen. Zu beachten seien hier auch die grundlegend anderen versicherungs- und steuerrechtlichen Regelungen. Änderungen in diesen Bereichen seien nur auf Bundesebene möglich.

Abg. Steenblock vertritt die Ansicht, die wirtschaftlichen Verflechtungen an der deutsch-dänischen Grenze seien deutlich schwächer ausgebildet als an anderen Grenzregionen. Dies hänge vermutlich sowohl mit der Sprache zusammen als auch mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten. Im Übrigen stimme er Abg. Ritzek in der positiven Grundhaltung durchaus zu.

Auch Abg. Spoorendonk stimmt dieser Haltung zu und äußert ihre Auffassung, dass die Entwicklung insbesondere der letzten 10, 15 Jahre positiv betrachtet werden könne. Die Zusammenarbeit auf verschiedensten Bereichen, unter anderem dem universitären Bereich, sei vorangeschritten. Vergessen werden dürfe nicht, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Menschen der Region gemacht werde. Daneben gebe es aber auch immer wieder bürokratische Hemmnisse, die abgebaut werden müssten. Daher plädiere sie für die Einrichtung einer Anlaufstelle, bei der Kontakte geknüpft werden könnten.

Herr Haller geht auf die Bemerkungen von Abg. Geißler hinsichtlich der Beschäftigungsdaten ein und legt dar, in der Bundesrepublik (West) habe man es mit einer fallenden Tendenz gegen Norden zu tun. Sie sei dort ohnehin niedriger als in vergleichbaren Ländern. Es gebe eine Vielzahl von mithelfenden Familienangehörigen, die nicht von der Statistik erfasst seien. Das sei vermutlich auch in Dänemark der Grund für die statistischen Daten.

Im Folgenden geht er auf den Ansatz und den Auftrag der Studien ein und merkt an, aus europäischer Sicht sei es durchaus legitim, Formen und Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich anzusteuern. Europa sollte in den maßgeblichen Bestimmungsfaktoren des Rechts zusammenwachsen. In diesem Zusammenhang sei es durchaus denkbar, Modelle im Kleinen auszuprobieren.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Klimatik in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 7. März 2001, wieder aufzugreifen und da Vertreter der Gewerkschaften dies- und jenseits der Grenze, der Arbeitsverwaltung sowie vom Regionalkontor einzuladen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Situation der Fischerei im Ostseebereich

Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

AL Dr. Rave berichtet, Fangquoten seien das primäre Kriterium für die Fischerei. Er schildert sodann die Festlegung von Fangquoten basierten auf dem Vorschlag von Fischereibiologen, die im Wesentlichen die Kriterien der Bestandsgefährdung beziehungsweise des Wiederaufbaus von Fischereibeständen anlegten. Darauf aufbauend erfolge ein politischer Aushandlungsprozess, die Festlegung von tatsächlichen Fischereiquoten auf der Ostseefischerei-Konferenz, auf der eine Aufteilung der Gesamtquote auf EU-Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Mitgliedstaaten erfolge. Die Quote für die EU-Mitgliedstaaten wiederum erfolge vom Fischereirat der EU auf die EU-Mitgliedstaaten. Sodann benennt er beispielhaft die derzeit geltenden Quoten für die Fischarten Dorsch und Hering.

Fragen des Abg. Ritzek beantwortet AL Dr. Rave dahin, dass in Schleswig-Holstein gut 1.000 Personen in der Fischereiwirtschaft sowie im fischereiverarbeitenden Gewerbe tätig seien. Wesentliches Kriterium für die innerstaatliche Verteilung der Quoten sei die Fischereiaktivität in der Vergangenheit.

AL Dr. Rave geht auf Anmerkungen der Abg. Rodust hinsichtlich möglicher Änderungen im Rahmen der Ernährung im Zuge der BSE-Krise ein und sieht eine wachsende Nachfrage nach Fisch aus verschiedenen Gründen nicht als schwierig an. In diesem Zusammenhang weist er auf die derzeit wachsende Industrie hin, die unter dem Stichwort Agrarkultur zusammengefasst werden könne, in deren Rahmen Fischbestand planmäßig herangezogen werde.

Die folgende kurze Diskussion, die von Abg. Jahner angeregt wird, dreht sich um den Einsatz von Fanggeschirr und eventuelle Regressmöglichkeiten. Ref. Boysen legt dar, sowohl die EU-Staaten als auch die Nicht-EU-Staaten hätten sich verpflichtet, sich an bestimmte Regeln zu halten. Nach bisherigen Erfahrungen sei es nicht so, dass Verstöße etwa baltischer Staaten größer seien als die von Fischern innerhalb der EU. AL Dr. Rave ergänzt, man könne nicht ohne Weiteres davon ausgehen, dass das, was im Rahmen der EU geschehe, immer in Ordnung sei. Schleswig-Holstein versuche seit längerem, innerhalb der EU bestimmte Fischereiararten, beispielsweise Industrie- und Gammelfischerei, zu verhindern. Bislang sei das innerhalb der EU allerdings nicht sehr erfolgreich. Daher werde der Ansatz verfolgt, durch regionale

fischereirechtliche Bestimmungen zu verhindern, dass derartige Fischerei in den Gewässern durchgeführt würden, für die das Land Schleswig-Holstein politisch verantwortlich sei.

Abg. Steenblock vertritt die Auffassung, die Thematik Aquakultur einschließlich seiner Perspektiven und aufzubauenden Strukturen sollte grundsätzlich im Agrarausschuss diskutiert werden.

Auf Nachfrage des Abg. Steenblock hinsichtlich einer Bezifferung der Fischereibetriebe legen AL Dr. Rave und Ref. Boysen dar, dass in der Ostsee etwa 300 Fahrzeuge und 400 Personen beschäftigt seien. AL Dr. Rave führt aus, man könne davon ausgehen, dass die Fischereiaktivitäten von der Größe der Kutter abhängig seien. Größere Kutter könnten gegebenenfalls auf andere Gewässer ausweichen. Der überwiegende Teil der Fischereibetriebe in Schleswig-Holstein, etwa 300, sei im Bereich der Tagesfischerei tätig. Ref. Boysen ergänzt, dass ein Ausweichen größerer Fahrzeuge in die Nordsee angesichts der dort vorhandenen Fischereibestände kaum noch möglich sei.

Auf eine weitere Frage des Abg. Ritzek hinsichtlich der Situation der Fischereiindustrie in Schleswig-Holstein verweist Herr Dr. Rave auf den Bericht der Landesregierung über die Situation der Fischerei, Drucksache 15/452.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Situation in Kaliningrad

AL Kindsmüller berichtet über die aktuelle Situation in Kaliningrad und bezieht sich dabei auf die Amtseinführung des neuen Gouverneurs in Kaliningrad, auf das von der Kommission zu beschließende policy paper sowie auf zwei aktuelle Aktivitäten der Landesregierung in diesem Jahr.

Er geht zunächst auf den neuen Gouverneur von Kaliningrad, Jegorow, ein und legt dar, ihm eile der Ruf voraus, dass er Kaliningrad gegenüber der Europäischen Union stärker öffnen wolle und gute Kontakte nach Moskau habe. Bisher seien auch noch keine „dunklen Flecken“ auf seiner Weste aufgetaucht. Eine seiner ersten Maßnahmen sei eine Reorganisation der Gebietsverwaltung gewesen. So sei beispielsweise die Zahl von 13 Vizegouverneuren auf drei reduziert worden. Kurz nach der Amtseinführung habe sich gezeigt, dass Moskau mit der zugesagten stärkeren Unterstützung des neuen Gouverneurs offenbar Ernst mache. Die finanziellen Zuwendungen im Jahr 2001 stiegen deutlich an. Damit werde der Spielraum für Kaliningrad größer.

Im Folgenden geht AL Kindsmüller auf das policy paper ein und führt aus, dieses konzentriere sich auf die Probleme, die sich auf der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft für die Enklave Kaliningrad ergebe und mache deutlich, dass Lesungen in erster Linie in Moskau und Kaliningrad selbst zu suchen und zu finden seien.

Interessant sei der Hinweis auf die Situation von Kaliningrad, wenn Polen und Litauen der Europäischen Union beiträten und sich damit das Partnerschafts- und Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Moskau auch auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union Polen und Litauen beziehe. Im Ergebnis könne dies aufgrund der niedrigeren Aussenhandelszölle für Kaliningrad im Saldo zu einer günstigeren Exportsituation führen. Die Kommission weise ferner darauf hin, dass aufgrund dieses Abkommens sowie der Mehrfachbegünstigungsklausel für Russland einem freien Transit für Güter nach Moskau keine Probleme entgegen stünden.

Dem Vorschlag der schwedischen Regierung, eine spezielle Handelsregion zwischen der Europäischen Union und Kaliningrad zu etablieren, stehe die Kommission skeptisch gegenüber.

Dazu werde in dem Papier ausgeführt, dass Moskau Kaliningrad vermutlich die dafür notwendige Autonomie nicht gewähren werde.

Die Kommission weise bezüglich des Problems des Güterverkehrs darauf hin, dass die Grenzübergänge dringend verbessert werden müssten, um die Abfertigung zu beschleunigen, und ein verbessertes Informationssystem eingesetzt werden müsse. Daran werde gearbeitet.

Ein weiteres Problem, das vermutlich Russland sehr beschäftigen werde, sei das Thema der künftigen Militärtransporte nach Kaliningrad. Dies werde Gegenstand der Erweiterungsverhandlungen bezüglich Litauen sein.

Ein ernsthaftes Problem für Kaliningrad werde vermutlich die künftige Stromversorgung sein, und zwar vor dem Hintergrund, dass Kaliningrad zu etwa 80 % seinen Strombedarf importiere. Die Kommission rege in diesem Zusammenhang eine Studie über die künftige Energieversorgung in Kaliningrad und die Prüfung von Möglichkeiten alternativer Energieversorgung an.

Bezüglich des Transitverkehrs habe die Kommission erstmals konkrete Vorschläge gemacht. Sie gehe erstens davon aus, dass es eine Visapflicht geben werde. Zweitens spreche sie sich für die Einführung sogenannter Multiple-entry-Visa aus. Drittens spreche sie sich dafür aus, dass die Möglichkeit geschaffen werde, in Kaliningrad Einreisevisa zu erhalten. Das setze voraus, dass dort eine konsularische Vertretung vorhanden sei. Es werde angeregt, dass alle EU-Mitgliedstaaten eine konsularische Vertretung in Kaliningrad bildeten. Vorgeschlagen werde auch, dass diese Reisevisa möglichst kostenlos abgegeben werden.

Ein weiteres Hindernis für die Kommission und die Mitgliedstaaten der EU für großzügigere Reisemöglichkeiten sei, dass es zwischen der EU und Russland kein Abkommen über die Rückführung von illegalen Einreisenden gebe.

Das policy paper werde in Kaliningrad vorgestellt werden, Mitte Februar werde es in Moskau erörtert werden und im Mai auf dem nächsten EU-Russlandgipfel.

Die Landesregierung plane in diesem Jahr zusammen mit anderen, beispielsweise der norwegischen Regierung, im März eine Konferenz in Kaliningrad mit dem Schwerpunkt Verabredung neuer praktischer Kooperationsprojekte. Ziel dieser Veranstaltung solle sein, Akteure, die konkrete Projekte in Kaliningrad durchführen wollten, mit Vertretern aus dem Ostseeraum zusammenzubringen.

Ferner plane die Landesregierung im zweiten Halbjahr zusammen mit allen Akteuren, die an Kaliningrad interessiert seien, unter dem Titel „Schleswig-Holstein stellt sich vor“, für Aktivitäten von verschiedensten Stellen in Schleswig-Holstein einen Rahmen zu schaffen, bezogen auf die Aktivitäten, die in Kaliningrad durchgeführt werden sollten. Diese Möglichkeit sollte seiner Auffassung nach auch der Landtag nutzen. Dies solle der Auftakt eines neuen Instruments im Rahmen der Ostseekooperation sein.

Der Vorsitzende sieht den Beginn einer neuen Phase im Rahmen der Beziehungen sowie die Notwendigkeit, Aktivitäten enger zu vernetzen und zu konzentrieren.

Eine Frage des Vorsitzenden beantwortet AL Kindsmüller dahin, dass der Begriff der Pilotregion für Kaliningrad auf eine Rede von Putin auf dem EU-Russlandgipfel im November 1999 in Helsinki zurückgehe. Bis heute sei dieser Begriff allerdings inhaltlich nicht gefüllt.

Abg. Sporendonk fragt nach der politischen Einstellung Russlands zu Kaliningrad. AL Kindsmüller entgegnet, dass diese Frage derzeit nicht zu beantworten sei.

Er geht sodann auf eine Frage des Abg. Steenblock ein und legt dar, es gebe bisher keinen Zeitplan für die Errichtung einer konsularischen Vertretung. Dies hänge von der Bereitschaft Moskaus ab. Vorher jedoch müssten sich die EU-Staaten auf eine entsprechende Vorgehensweise einigen.

Er geht sodann auf das von Abg. Jahner angesprochene HIV-Problem ein und führt aus, vermutlich sei dies auf die starke Präsenz der Baltischen Flotte zurückzuführen, die ein bestimmtes Milieu schaffe. Es gebe derzeit konkrete Projekte, um Aufklärungsarbeit zu leisten und medizinische Hilfe zu organisieren.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages und auch der Landtagspräsident die Aktivitäten in Kaliningrad begleite, unterstütze und vorantreibe. Er erinnert an den Beschluss, einen Initiativkreis einzurichten und gibt bekannt, dass dieser voraussichtlich in der Zeit um Ostern gegründet werden werde. Er regte des Weiteren an, dass der Ausschuss seine geplante Reise nach Kaliningrad zügig in Angriff nimmt.

Ang. Wiese-Krukowska trägt den aus Umdruck 15/683 ersichtlichen Bericht über die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vor und regt an, die drei „Präsidialen“ auf der geplanten Reise des Europaausschusses nach Kaliningrad mitzunehmen.

Ang. Wiese-Krukowska beantwortet eine Frage des Abg. Ritzek nach dem Alter der jugendlichen Besucher aus Kaliningrad dahin, dass die vier Besucher zwischen 20 und 30 Jahre alt gewesen seien. Zwei von ihnen hätten angegeben, dass sie Studenten gewesen seien, mindestens zwei von ihnen lebten von ihrer Tätigkeit bei Abgeordneten der DUMA.

Abg. Behm regt an, auch Kontakte zwischen der Miliz in Kaliningrad und der Polizei in Schleswig-Holstein zu intensivieren. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Thematik in dem zu gründenden Initiativkreis aufzunehmen.

Abg. Spoorendonk bezieht sich auf die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ und hält es für wichtig, den Besuchern aus Kaliningrad deutlich zu machen, dass Demokratie nicht nur aus Formalismus bestehe, sondern vor allem auch seinen Ausdruck in dem Gelebten innerhalb der Gesellschaft findet.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Planungen der Anhörung zum Thema Europäische Verfassung. - Dem schließt sich eine kurze Diskussion über Verfahrensfragen an.

AL Kindsmüller berichtet über die Ergebnisse des 4. Politischen Forums des STRING-Projektes und sagt zu, dem Ausschuss die auf diesem Forum beschlossene Resolution zuzuleiten (Umdruck 15/700).

AL Kindsmüller geht auf den aufgrund eines Parlamentsbeschlusses dem Landtag jährlich zu erstattenden Ostseebericht ein und regt an, in Überlegungen einzutreten, gegebenenfalls Änderungen daran vorzunehmen, etwa den Berichtsturnus auf einen Zwei-Jahres-Turnus umzustellen, gleichwohl aber dem Anliegen des Landtages, vor der jeweiligen Ostseeparlamentarierkonferenz ausreichend informiert zu sein, dadurch Rechnung zu tragen, dass die Ministerpräsidentin in der Juni-Tagung des Landtages einen mündlichen Bericht erteilt. Der Ausschuss könne etwa entsprechend den Schwerpunkten der Parlamentarierkonferenz konkrete Anforderungen an die Verwaltung stellen, aufgrund dessen ein schriftlicher Bericht erarbeitet wird.

Der Landtag solle darüber hinaus künftig stärker in die Lage versetzt werden, im Vorwege an wichtigen Arbeitsschwerpunkten mitzuwirken dadurch, dass ihm das jährliche Arbeitsprogramm der Landesregierung zur Verfügung gestellt werde. Abg. Spoorendonk bittet um Konkretisierung des mündlich vorgetragenen Vorschlags in schriftlicher Form. - AL Kindsmüller sagt dies zu. Der Ausschuss strebt an, dazu in seiner nächsten Sitzung Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzende

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin